

Fraktion im Gemeinderat der Stadt Ellwangen
Berthold Weiß
Haller Str. 70
73479 Ellwangen
0176.30464959
Berthold.Weiss@gmx.de



Ellwangen, 08. Dezember 2022

- Es gilt das gesprochene Wort -

Haushalt 2023 der Stadt Ellwangen

Stellungnahme von Bündnis 90/Die Grünen

Prinzip Hoffnung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dambacher,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

In der Haushaltsrede des Oberbürgermeisters haben wir es ja schon gehört: Die Zeiten sind unübersichtlich. Niemand kann uns sagen, was auf uns zukommt. Keiner kann ermessen, welche Folgen der russische Angriffskrieg auf unsere Wirtschaft, auf unsere Gesellschaft, auf unser ganzes Leben denn noch haben wird. Und auch die Pandemie lässt uns nicht los. Viele hatten ja gedacht, jetzt ist Ende. Das dachten wir vor zwei Jahren, das dachten wir vor einem Jahr. Aber noch immer, fast 3 Jahre nach Beginn, leben wir mit Einschränkungen, die vielleicht im Frühjahr 2023 entfallen werden, vielleicht aber auch nicht.

Dazu passt dann auch die Unübersichtlichkeit, die wir bei unseren Haushaltsplanberatungen immer wieder monieren. Sie haben es ja in Ihrer Haushaltsrede selbst gesagt, Herr Oberbürgermeister: „Zur Wahrheit gehört aber auch, dass Aufgaben nicht umgesetzt wurden und daher der Mittelabfluss nicht wie geplant erfolgen konnte“. Und damit geben Sie uns Recht mit unseren Ausführungen in der Haushaltsrede 2022, in welcher wir folgendes ausgeführt hatten: „Unsere Ideen (also nicht die von uns GRÜNEN, sondern die hier im Gremium diskutierten und beschlossenen) sind viel zu ambitioniert, um sie mit unseren begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen umsetzen zu kön-

nen“. Diesem Desaster – wir nennen das jetzt einfach mal so – wollen Sie in einer Kombination aus Investitionsobergrenze, Prioritätenliste und einem Appell an den Gemeinderat, sich bei Haushaltsanträgen angesichts des „vielfältigen Programms der Verwaltung“ doch bitte zurückzuhalten, entgegenwirken.

Wagen wir mal eine Prognose: Ebenso wenig wie in den letzten Jahren wird Ihnen das in 2023 gelingen. Und wir sehen zwei wesentliche Gründe, weshalb das nicht klappt:

- Zum einen, so vermuten wir, ist es Ihnen gar nicht so wichtig, dass dieses Gremium eigene Akzente setzt. Sie haben Ihre Agenda, die Sie umso besser umsetzen können, wenn Sie quasi freie Auswahl unter einer Vielzahl an Maßnahmen treffen können, die - und jetzt kommen wir
- zum andern - dieses Gremium in den letzten Jahren nicht auf ein vernünftiges und bewältigbares Maß begrenzen wollte und damit auch nicht konnte.

Sie und die Mehrheit des Gremiums sehen offensichtlich keine Notwendigkeit, Schwerpunkte, dringend Notwendiges festzusetzen und weniger Wichtiges hintenanzustellen.

Wenn Ihnen das bekannt vorkommt, ist das kein Zufall. So oder so ähnlich hatten wir das im vergangenen Jahr bereits formuliert. Am Ende führt das aber dazu, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir damit die Politikverdrossenheit bei unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern sowie das Vertrauen auf die Problemlösungskompetenz der Stadt nochmals verstärken: Wir beschließen hier Maßnahmen, die wir Jahr um Jahr nicht umsetzen, auf die sich aber sehr viele verlassen.

„Lassen Sie mich dazu ein kleines Beispiel bringen, immerhin 1,9 Mio € schwer: Den Kunstrasenplatz beim Waldstadion. Im Jahr 2018 bereits wurde der Baubeschluss gefasst, auch um den Baseballern des TSV Ellwangen endlich ein würdiges Spielfeld zu bieten. Als nächstes wurde im März 2019 ein Hektar Wald gerodet, bevor dann wieder Stillstand einkehrte. Natürlich werden Sie einwenden, dass dann ja die Mikroplastikproblematik auftauchte, dass dann eine Firma kam und uns ein Weltpilotprojekt in Sachen nachwachsendem Granulat fast zum Nulltarif versprach, was aber bis heute leider nichts wurde, vor allem nicht zum Nulltarif, und die Baseballer vielleicht schon gar nicht mehr existieren würden (immerhin 3 Spielzeiten ohne Spielfeld), hätten sie nicht in beispielloser Eigeninitiative im Nebenzentrum Sport den brach liegenden Acker zu einem 2. Bundesliga-tauglichen Spielfeld hergerichtet. Unsere letzte Nachfrage in dieser Sache, Herr Oberbürgermeister, datiert vom Frühsommer 2021, und auf Ihre Antwort, die für „vor der Sommerpause“ zugesagt war – wir gingen ganz sicher von der Sommerpause 2021 und nicht 2022 aus – warten wir noch immer.“

Damit beenden wir das Zitat aus unserer letztjährigen Haushaltsrede und fügen an, dass wir tatsächlich noch vor der Sommerpause 2022 eine ähnliche Anfrage stellten, wir dann vom Oberbürgermeister auf ein Pressegespräch im August (dieses Mal mit Jahresdatum

2022) verwiesen wurden, das dann aufgrund zusätzlich aufgetauchter Problemstellungen gar nicht geführt wurde. Und jetzt ist es tatsächlich so, Herr Oberbürgermeister, dass unser Verständnis für Unvorhergesehenes tatsächlich fast grenzenlos ist. Was uns aber ärgert und wo unser Verständnis aufhört, ist, dass Sie uns über diese Dinge eigentlich nie informieren, sondern wir um jede relevante Information wie Bittsteller auftreten müssen. So wissen wir auch jetzt, bei der zweiten Lesung des Haushalts, noch immer nicht, wie der Stand bei diesem Millionen-Projekt ist. Soll es überhaupt noch realisiert werden? Kommt eine verkleinerte Version? Geben wir einfach 2 oder 3 Millionen Euro mehr aus als ursprünglich geplant und hoffen, dass uns das Land wieder einen Sonderzuschuss auszahlt wie bei der EATA? Immerhin hatten Sie uns in der Ausschusssitzung vom 27.10. von einer Kostenexplosion berichtet; die von Ihnen angekündigte „Entscheidung im Dezember“ wird es nach der bereits veröffentlichten Tagesordnung unserer letzten Sitzung am 15.12. wohl nicht mehr geben.

In den letzten Wochen wurde ja von dem juristisch ausgebildeten Kollegen der CDU immer wieder darauf hingewiesen, dass Verträge eingehalten werden müssen (verzeihen Sie mir, dass ich das mangels Latinum auf Deutsch vortrage). Eine gute Zusammenarbeit in diesem Gremium setzt auch voraus, dass wir uns auf Ihre Zusagen verlassen können. Was, wie dieses Beispiel zeigt, leider nicht oder zumindest nicht immer der Fall ist. Aber auch unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger verlassen sich auf diese Zusagen. „Wir lassen Sie nicht im Stich“, ist ein Zitat, das Ihnen zugeschrieben wird. Wie fühlen sich dann aber z.B. die Baseballer des TSV Ellwangen, denen Sie 2019 die Zusage gegeben hatten, ein zweitligataugliches Spielfeld zur Verfügung zu stellen, mit welcher diese dann wiederum vom Verband die Ausnahmegenehmigung zum Ligabetrieb erhalten hatten, die sie jetzt die vierte Spielzeit in Folge nutzen mussten?

Vielleicht können Sie uns dann auch ein bisschen verstehen, wenn wir bei dem großen Aufregertema dieser Wochen, dem Weiter- oder Nicht-so-Weiter-Betrieb der LEA Ellwangen immer etwas skeptisch waren und nach wie vor sind. So hatten wir zu diesem Punkt in den vergangenen Wochen und Monaten immer wieder den Eindruck, dass die Kollegen Fraktionsvorsitzende von CDU und FBE immer besser und schneller informiert waren als unsere Fraktion. Oder wir über aus unserer Sicht wichtige Entwicklungen wie Ihr Schreiben an die Ministerin überhaupt nicht informiert wurden und quasi ahnungslos über Ihre beabsichtigte Vorgehensweise in das Gespräch mit dem Ministerpräsidenten und der Ministerin gingen.

Das Hauptargument für diese große Eilbedürftigkeit, wenn wir Sie richtig verstanden haben, ist die Ausweisung eines großen Wohngebiets in der Südstadt, dem T-Bereich und dem Hungerberg, die Ihnen nicht schnell genug gehen kann. Dessen Bedeutung ist für Sie so groß, dass eine Verzögerung „die Entwicklung der Region Ostwürttemberg“ gefährden könnte, wie in einer Vorlage der Stadt vor zwei Jahren zu lesen war. Ganz dringend würden für ca. 1.500 Menschen Wohnungen benötigt, die alle – ich überziehe das jetzt ein bisschen – quasi morgen mit dem Baubeginn starten sollten. Hintergrund dafür

war ja unter anderem der Erweiterungswunsch einer unserer großen Firmen, durch welche wohl hunderte, wenn nicht über tausend neue Beschäftigte nach Ellwangen kämen, die dann alle hier nicht nur leben, sondern auch bauen wollen. Diese Firma hat aktuell eine sehr große Investition in der Nachbarregion gestoppt. Wir wissen natürlich nicht, Herr Oberbürgermeister, welche Informationen Ihnen zu deren Bauprojekt in Ellwangen vorliegen. Wir gehen allerdings davon aus, dass wir auch in unserer Stadt noch lange auf diese Großinvestition und damit auch den Zuzug der vielen Beschäftigten warten müssen. Warum dann also diese Eile? Warum dieses „Auf Biegen und Brechen“, dieses „Koste es, was es wolle?“ Ist es doch nur ein billiger Vorwand gegenüber dem Land, die LEA endlich los zu werden? Und das, ohne über die Folgen und die vielfältigen Aufgaben, die auf die Stadt zukommen werden, auch nur im Ansatz diskutiert zu haben?

Lassen Sie uns einen Vergleich zu dem letzten großen innenstadtnahen Wohngebiet, dem Wannefeld, ziehen: Ende der 1990er, also vor fast 25 Jahren begonnen, wurde 2018 der letzte Bauabschnitt in Angriff genommen. Über 20 Jahre wurde hier Abschnitt für Abschnitt entwickelt, Bauplatz für Bauplatz, insgesamt 220, verkauft. Und in der Kaserne wollen wir das alles in 5 Jahren machen? Dazu, liebe Kolleginnen und Kollegen, fehlt uns tatsächlich die Phantasie. Und hat sich nicht die komplette Situation geändert? Gibt es überhaupt noch genügend Bauwillige oder Investoren, welche dieses riesige Gebiet bespielen wollen? Und eine weitere Frage schließt sich an: Was machen wir eigentlich, wenn dann 2030 das komplette Areal bebaut ist? Wo finden wir dann das nächste versiegelte Areal, auf welchem wir städteplanerische Schwerpunkte setzen können? Würde es nicht viel mehr Sinn machen, diese Entwicklung deutlich zu entschleunigen?

Um es noch einmal und deutlich zu sagen: Wir halten ganz und gar nichts von dieser Eile. Wir würden uns viel mehr über Qualität und umfassende Bürgerbeteiligung freuen, die wir für wesentlich bedeutsamer als diese vorgeschobene Eile halten. Vor zwei Jahren, Herr Oberbürgermeister, hatten Sie gemeinsam mit Ihrem Team die Mehrheit des Gremiums davon überzeugt, dass wir uns aufgrund der Eilbedürftigkeit den Luxus eines städteplanerischen Wettbewerbs – der andernorts kein Luxus, sondern qualitätsfördernder Standard ist – nicht gönnen könnten: Zwei Jahre, liebe Kolleginnen und Kollegen. Was hätte da für ein Wettbewerb stattfinden können. Aber offensichtlich sind Sie mit der getroffenen Vorgehensweise sehr einverstanden, zwei verlorene Jahre hin oder her.

Ihre Haushaltsrede, Herr Oberbürgermeister, zeichnet sich durch viel Hoffnung auf gute Wendungen in der Zukunft auf. Für die Landesgartenschau hoffen Sie, dass die Planfeststellungsverfahren ein gutes Ende finden werden, dass die von Ihnen so genannte „Ukraine-Krise“ nicht zu viele Auswirkungen auf Investoren haben wird, dass die Querung der Bachgasse für die geplanten 7,9 Mio € zu haben sein wird, und nicht zuletzt, dass wir für die städtischen Begleitveranstaltungen, quasi das „Wunschkonzert“, die gleiche Förderquote wie für das Pflichtprogramm, die Daueranlagen, erwarten dürfen. So viel Hoffnung macht Planung spannend.

Aktuell finden ja überall ebenfalls sehr spannende Debatten über den Umstieg von Gas auf erneuerbare Energien statt. Wir begrüßen dies selbstverständlich. So erfahren wir aus der Ortschaft Röhlingen, dass hier der Anschluss der Warmwasseranlagen der städtischen Hallen an die PV-Anlage auf dem Dach gewünscht wird. Wir erfahren dadurch auch, dass noch immer nicht auf allen städtischen Dächern eine PV-Anlage angebracht ist – siehe Neunheim. Und schade ist natürlich, dass dieser Gesinnungswandel doch etwas spät kommt. Wie schön wäre es jetzt, hätten wir direkt neben der Autobahn die Biogasanlage, mit welcher unsere Stadtwerke zumindest in gewissem Maße die exorbitanten Preissteigerungen bei Erdgas durch selbst produziertes Biogas kompensieren könnten und dadurch die Bürgerinnen und Bürger eine kleine Entlastung erfahren hätten.

Wir dürfen auch daran erinnern, dass es beim quasi Neubau der Buchenbergschule vor über 10 Jahren keine Mehrheit für einen Ausstieg aus fossiler Energie und den Einstieg in regenerative, regional erzeugte Energien gegeben hat. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, es genügt nicht, in Haushaltsreden den Bericht des Club of Rome und die Zwänge des Klimawandels zu erwähnen, das muss durch konkrete Projekte unterfüttert werden. Es ist ein Jammer, dass es offensichtlich einen Krieg mitten in Europa mit all seinen Auswirkungen braucht, um Sie zu einer Richtungsänderung zu bringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielen von uns quer durch alle Fraktionen geht es mit dem Ausbau des Radwegenetzes nicht schnell genug. Sinnbildhaft für die Schwierigkeiten steht die Trassenfindung von Röhlingen nach Pfahlheim. Wenn es uns ernst ist, den Radverkehr zu stärken, sollten wir uns zusätzliche Gedanken machen, die vielleicht schneller zu realisieren sind und dabei nicht einmal Geld kosten:

- Warum nicht Einbahnstraßen in der Stadt und den Ortschaften für Fahrräder in der Gegenrichtung freigeben?
- Warum nicht konsequent dem Fahrrad an der Ampel den Vorrang geben?
- Weshalb nicht sehr nachgeordnete Wege oder Straßen für den Autoverkehr sperren und Radwege daraus machen? Denken Sie nur an die Schleichwege Nähe Eggenrot, die insbesondere vom Ampelausweichverkehr über das Wohngebiet Braune Hardt nach Rindelbach genutzt werden. Wir sind uns sicher, dass es davon eine ganze Menge gibt.

Gerne hätten wir uns einem Antrag aus der Ortschaft Rindelbach angeschlossen, die Sanierung der dortigen Schule vorzuziehen. Wir sind wie Ortschaftsrätin Fuchs der Auffassung, dass die Schule eine oberste Priorität haben muss. Wenn es stimmt, dass Kinder in nassen und von Schimmel befallenen Klassenzimmern unterrichtet werden, können wir mit einer Sanierung keinesfalls bis 2024 oder später warten. Deshalb stellen wir den

Antrag, dieses Projekt zu priorisieren und in 2023 umzusetzen.

Einen weiteren

Antrag stellen wir zum Thema Energiesparen. Wir hatten im April bereits beantragt, alle Möglichkeiten der Energieeinsparung auszuschöpfen und beispielsweise abschnittsweise nach Mitternacht die Straßenbeleuchtung abzustellen, soweit es technisch rechtlich möglich ist. Wir haben auf Nachfrage dann Monate später erfahren, dass es einerseits gar nicht so einfach und vor allem auch nicht kostengünstig ist, dieses Anliegen umzusetzen. Zum andern haben wir aber auch erfahren, dass nur ein Teil der Straßenbeleuchtung in den letzten Jahren auf die energiesparende LED-Technik umgestellt wurde. Ich denke, nicht nur unsere Fraktion war von dieser Mitteilung sehr überrascht. Und nun sind in den nächsten 4 Jahren jeweils 70T € im Haushaltsplan vorgesehen, um das nachzuholen. Wir beantragen, diese Umrüstung vollständig bereits in 2023 umzusetzen und dafür Haushaltsmittel in Höhe von 280T € bereitzustellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Herr Oberbürgermeister,

auch uns treibt die Hoffnung an: Die Hoffnung, dass sich die finanziellen Rahmenbedingungen nicht verschlechtern werden, sondern so stabil bleiben, dass wir die Maßnahmen der ersten Priorität - und da nennen wir mal zuerst die Landesgartenschau – weiter voranbringen. Wir hoffen, dass wir im Hinblick auf die LEA Ellwangen eine für alle tragbare Lösung finden. Vor allem aber hoffen wir, dass sich die Arbeitsatmosphäre in diesem Gremium, die zumindest wir als teilweise sehr vergiftet empfinden, zu einer sachlichen und konstruktiven, am Wohl der Stadt orientierten Arbeitsweise verändern wird.

Wir bedanken uns für Ihre Aufmerksamkeit.